



Der Ukrainekrieg und die Risiken für die deutsche Energieversorgung. Alle Optionen prüfen, keine Denkverbote zulassen!

Die Abhängigkeit der deutschen Energieversorgung von Russland ist bedrückend hoch. Deutschland bezieht 56 % seiner Steinkohle, 33 % seines Erdöls und 55 % seines Erdgases (Bayern über 90 %!) aus Russland.

Die Abhängigkeit von russischen Steinkohlelieferungen ließe sich nach Aussage des Vereins der Kohleimporteure innerhalb weniger Monate vollständig durch Bezug aus anderen Ländern wie USA, Südafrika, Australien u.a. beseitigen.

Nicht dramatisch sieht nach Aussage des BDI (Arbeitspapiere zum Russland-Ukraine-Krieg, März 2022) auch die Situation beim Erdöl aus. Wenn die OPEC kooperiert, könnte Saudi-Arabien kurzfristig rd. 318.000 m³/Tag und mittelfristig rd. 477.000 m³/Tag zusätzlich exportieren. Die Vereinigten Arabischen Emirate wollen mittelfristig rd. 318.000 m³/Tag zusätzlich exportieren. Damit entstünde bei einem sofortigen Lieferstopp bzw. Bezugsstopp aus Russland zwar kurzfristig eine Deckungslücke, die sich aber in einem überschaubaren Zeitraum ausgleichen ließe.

Bedrohlich wäre dagegen – hier sind sich alle Fachleute einig – ein sofortiger Liefer- oder Bezugsstopp von russischem Erdgas. Zwar würden uns die eingespeicherten Gasmengen über den Restwinter bringen. Aber danach würden wir in ernste Schwierigkeiten geraten. Kurzfristig hätten wir nahezu keine Problemlösungen anzubieten. Der Gasbezug aus Norwegen, der zur Zeit rd. 30 % unserer Gasversorgung ausmacht, lässt sich nur geringfügig erhöhen und der Markt für Flüssiggas (LNG) ist über langfristige Verträge weitgehend ausgeschöpft. Insbesondere ist aber die Lieferinfrastruktur für LNG (Schiffe, Terminals) weitestgehend ausgelastet. Hier ist eine Unabhängigkeit von russischen Lieferungen also erst längerfristig erreichbar.

Diese Analyse muss uns umso besorgter stimmen, als die Bedeutung von Erdgas für die deutsche Bevölkerung und die deutsche Wirtschaft kurz- und mittelfristig nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Deutschland verbraucht nach den Angaben des BDI (Arbeitspapiere zum Russland-Ukraine-Krieg, März 2022) ca. 1.000 Mrd. kWh Erdgas im Jahr.

Davon verbrauchen die Industrie (Chemie-, Glas-, Metall-, Zement-, Lebensmittel-, Textil-, Automobilindustrie u.a. für Prozesse wie das Schmelzen, Glühen, Härten, Verformen, Trocknen, Einbrennen etc.) rd. 366 Mrd. kWh im Jahr, Gewerbe, Handel, Dienstleistung rd. 127 Mrd. kWh im Jahr, die Stromerzeugung in Gaskraftwerken ca. 126 Mrd. kWh im Jahr, die Kraftwärmekopplungsanlagen zur Erzeugung von Wärme oder Kälte rd. 67 Mrd. kWh im Jahr und die Haushalte zum Heizen ca. 306 Mrd. kWh im Jahr.

Der Wasserstoff, der bei der Dekarbonisierung von Industrie, Verkehr und Wärmeversorgung langfristig die entscheidende Rolle spielen soll und wird, ist kurz- und mittelfristig weder im Ausland noch im Inland zu vertretbaren wirtschaftlichen Konditionen in ausreichenden Mengen produzierbar. Die rasche Umstellung der Erzeugung von Prozesswärme in der Industrie und von Heizwärme für die Haushalte auf Öl und Kohle ist nicht machbar – und natürlich unter Klimagesichtspunkten auch nicht erstrebenswert. Und der Einsatz von Erdgas in Gaskraftwerken ist nach der Abschaltung von Kern- und Kohlekraftwerken in den Perioden, wo der Wind nicht weht und die Sonne nicht scheint, bis zur ausreichenden Verfügbarkeit von Wasserstoff alternativlos, um die Versorgungssicherheit unserer Stromversorgung aufrechtzuerhalten.

Vor diesem Hintergrund müssen wir alle denkbaren Optionen prüfen, die im Falle eines plötzlichen Ausfalls der Erdgaslieferungen aus Russland den Schaden für unsere Bevölkerung und Wirtschaft zumindest abmildern können, und die Pfade aufzeigen, die uns mittel- oder langfristig aus der Abhängigkeit unserer Energieversorgung von Russland herausführen können. Dabei müssen wir ideologiefrei vorgehen. Denkverbote können wir uns schlichtweg nicht leisten.

Konkret bedeutet dies, dass wir prüfen müssen, inwieweit eine Verlängerung der noch am Netz befindlichen Kernkraftwerke, z.B. begrenzt bis 2030, in Betracht kommt. Dabei muss insbesondere geprüft werden, ob sich verbrauchte Kernbrennstäbe rechtzeitig ersetzen ließen und ob das speziell ausgebildete Fachpersonal, das für den Weiterbetrieb der Anlagen benötigt wird, zur Verfügung steht. Zusätzlich werden wir prüfen müssen, ob wir die Abschaltung von bestimmten Kohlekraftwerken aussetzen und verschieben können. Beide Anlagentypen müssten im Ernstfall unsere bestehenden und für die Zukunft geplanten Gaskraftwerke bei der Sicherstellung der Versorgungssicherheit in der Stromversorgung (Abdeckung der Residuallast) ersetzen.

Weiter gilt es, die leider nur sehr begrenzten Möglichkeiten zu einer Erhöhung des Bezugs von norwegischem und niederländischem Pipeline-Erdgas zu klären. Am 17. März 2022 hat Norwegens Ministerpräsident Store Bundeswirtschaftsminister Habeck eine Erhöhung der Gaslieferungen um 1,4 Mrd. m³ bis September dieses Jahres zugesagt. Vielleicht kann man nun noch die Niederländer von der Sinnfälligkeit einer Verschiebung des geplanten Förderstopps in Groningen überzeugen.

Auch wir Deutsche fördern selbst Erdgas. Der Anteil dieses heimischen Erdgases an unserer Versorgung liegt derzeit bei rd. 5 %. Es gilt festzustellen, ob sich unsere heimische Förderung noch etwas ausbauen lässt. Fachleute sehen hier noch ein Steigerungspotenzial von 10 bis 20 %.

Obgleich der Bezug von Flüssiggas, also LNG, z.B. aus den USA oder Katar, in größeren Mengen aus den oben genannten Gründen kurzfristig nicht in Betracht kommt, kann er uns mittel- und langfristig helfen, unsere Gasbeschaffung zu diversifizieren. Damit dies gelingen kann, müssen wir möglichst rasch in Verhandlungen über die zumindest mittelfristige Belieferung mit LNG einsteigen. Die soeben zwischen Bundeswirtschaftsminister Habeck und dem Emirat Katar geschlossene „langfristige Energiepartnerschaft“ geht genau in diese Richtung. Unerlässlich ist natürlich die möglichst rasche Schaffung der für den Bezug solcher Lieferungen erforderlichen infrastrukturellen Voraussetzungen, also vor allem der Bau von LNG-Terminals in deutschen Häfen. Dabei sollten wir auch prüfen, ob als Behelfslösung sog. Floating LNG-Regasification Terminals helfen können, die kurzfristiger geschaffen werden könnten. Norwegen hat Deutschland auch auf diesem Feld seine Unterstützung zugesagt.

Zur Risikovorsorge sollten wir uns außerdem – unter Mitwirkung aller Beteiligten – schnell über Priorisierungen bei möglichen Abschaltungen oder Rationierungen der Erdgasversorgung Gedanken machen.

München, den 21. März 2022

Dr. Hans Schachtner
Generalsekretär

Dr. Albrecht Schleich
Vorsitzender Ausschuss für Energiepolitik